

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Nummernreihe im Umkreisgebiet 12 20 (Hemdenanzüge und Eisenbahnen) beträgt 12, außerhalb 12, für die 20 mm breite Colonat-Nummernreihe 10, außerhalb 10, für die 20 mm breite Colonat-Nummernreihe 8, außerhalb 8 Reichsmark.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 1222.
Genehmigungs-Nummer: Nr. 22.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Völk), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Röhrlitz, Reulshausen und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Druckerei: Nr. 21 und 22. (Löhrlitz) (Nr. 22) 442. Schneeberg 14. Schwarzenberg 5214. Kreisamt Leipzig. Verlagsamt Leipzig.

Wichtiges: Wichtige für die am 1. Oktober erscheinende Nummer des 20. Heftes ist die Nummer der Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreund“ vom 1. Oktober 1932. — Für die Ausgabe vom 1. Oktober 1932 ist die Nummer der Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreund“ vom 1. Oktober 1932. — Für die Ausgabe vom 1. Oktober 1932 ist die Nummer der Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreund“ vom 1. Oktober 1932.

Nr. 242.

Donnerstag, den 13. Oktober 1932.

85. Jahrg.

Gemäß § 79 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928 müssen Führer, einschließlich Kraftfahrzeuge, und Tiere an den Warnkreuzen vor Eisenbahnübergängen angehalten werden, wenn sich ein Zug nähert.

Am 20. Oktober 1932 werden beiderseits des Ueberganges der Staatsstraße Annaberg-Schneeberg über die Reichsbahnlinie Schneeberg-Reulshausen-Niederschlema am Haltepunkt Schneeberg bei km 33,243 und 33,253 der vorgenannten Staatsstraße neuartige Blinklichtsignale an den bereits vorhandenen Warnkreuzen in Betrieb genommen. Diese Blinklichtanlage soll in auffälliger Weise den Straßenverkehr auf die Warnkreuze aufmerksam machen und insbesondere den Kraftfahrzeugführern das richtige Verhalten gemäß § 18 Abs. 2 der Kraftfahrzeugverordnung vom 10. Mai 1932 (RGBl. I S. 201) erleichtern. Es bedeutet rotes schnellblinkendes Licht, daß sich ein Zug nähert, daß also der Uebergang für den Straßenverkehr gesperrt ist, welches langsam-blinkendes Licht gibt einen Anhalt dafür, daß der Uebergang für den Straßenverkehr frei ist. Gelbes Licht bedeutet, daß die Warnlichtanlage außer Betrieb ist.

Vom 21. November 1932 ab wird der Uebergang mit voller Geschwindigkeit, zur Zeit 25 km/Std., von den Zügen befahren. Vom gleichen Tage ab entfällt auch das Geben der Rote- und Weißsignale an diesem Uebergang.

Dresden und Schwarzenberg, den 12. Oktober 1932.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Reichsbahndirektion Dresden.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Der Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg auf die Monate April bis September 1932 zufolge § 13 Absatz 2 und 3 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen über die Finanzstatistik vom 28. Februar 1931, RGBl. I S. 32 folgend, liegt im Kassenraum des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft 8 Tage zur Einsichtnahme aus.
Schwarzenberg, den 12. Oktober 1932.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Freitag, den 14. Oktober 1932, vorm. 10 Uhr soll in Grünhain I Radioapparat (Selbst) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. D 2042/32

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Das im Grundbuche für Bernsdorf Blatt 637 auf den Namen des Eisenbahnbeamten I. A. Emil Reubert in Zwönitz eingetragene Grundstück soll am

Freitag, dem 9. Dezember 1932, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 23,2 Nr. 20 und im Dezember 1929 einschl. des Inventars nach dem Versteigerungswert auf 72.860 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 52.300 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, RGBl. I S. 72). Der Einheitswert ist auf 45.000 RM. festgesetzt. Das Gasthofgrundstück mit Fleischierei und Anbauten nebst Hofraum und Garten liegt in Bernsdorf an der Straße nach Aue und Bietfeld und trägt die Orts-Nr. 29 R.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 2).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Juni 1932 verlaubten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Festsetzung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.
Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Wirt-

genfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. Sa 23/32

Schwarzenberg, den 10. Okt. 1932. Das Amtsgericht.

Die Stimmkarten für die am 6. November 1932 stattfindende Reichstagswahl liegen vom 16. bis 23. Oktober 1932 bei uns im Einwohnermeldeamt, Stadthaus, Erdgesch. rechts, für die Wähler in den Stadtteilen Albersroda und Auerhammer aber bei den dortigen Verwaltungsstellen während der üblichen Geschäftsstunden zu jedermanns Einsichtnahme öffentlich aus. An den beiden Sonntagen, den 18. und 23. Oktober, können die Karten an allen drei Stellen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr mittags eingesehen werden.

Wer die Stimmkarte für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungfrist an den genannten Stellen schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wahlberechtigte, die nicht in der Stimmkarte eingetragen sind oder keinen Stimmschein besitzen, können von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Es ist daher Pflicht eines jeden Wählers, Einsicht in die Stimmkarte zu nehmen.

Stimmscheine für die Reichstagswahl können bis Freitag, den 4. November 1932, während der üblichen Geschäftszeit (am 4. November auch nachmittags bis 5 1/2 Uhr) im Einwohnermeldeamt, Stadthaus (Erdgesch.), für die Stadtteile Albersroda und Auerhammer aber in den Verwaltungsstellen beantragt und entnommen werden.

Die Vorschriften über Stimmheine (§§ 9 f. d. Reichstimmordnung) können bei diesen Stellen eingesehen werden. Aue, 13. Okt. 1932. Der Rat der Stadt, Walsdorf.

Radiumbad Oberschlema. Feuerwehrgeschäft.
Zur Abhaltung der Hauptübung befinden sich die Pflicht- und die Freiwillige Feuerwehr in der Zeit vom 13. bis mit 20. Oktober 1932 in Alarmbereitschaft.
Radiumbad Oberschlema, 13. Oktober 1932.
Der Gemeindevorstand. Die Branddirektion.

Papens Erfolg in München.

In Bayern ist dem Reichkanzler zweifellos der Durchbruch durch die Vorurteile gegen die Politik seines Kabinetts gelungen. Der Befall, der während einzelner Teile der vom E. B. gestern im Auszug wiedergegebenen Kanzlerrede vor dem Bayerischen Industriellenverband laut und vernehmlich erkundete, steigerte sich am Schluß der Papenschen Ausführungen zu einer großen Ovation.

Für die Reichsregierung ist dieser Verlauf der Kanzlerrede nach Bayern ein erheblicher Gewinn. Denn wenn eine Regierung grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß die notwendigen Reformen unseres staatlichen Lebens nur im Einverständnis und unter der stärksten Mitwirkung der noch lebensfähigen und lebenswilligen deutschen Länder durchgeführt werden können, dann mußte sie zunächst einmal Gewicht darauf legen, gerade in Bayern Verständnis für ihre Politik zu erwecken. Denn nirgendwo ist die Woge des Mißtrauens gegen das Kabinett v. Papen höher gegangen, als in diesem Lande, das auf Grund seiner schlechten Erfahrungen in der Nachrevolutionzeit die größten Bedenken gegen alles hat, was aus dem „preussisch-bolschewistischen“ oder dem „junckerlichen“ Berlin kommt. Die wiederholten Erklärungen des Reichkanzlers und des Reichsinnenministers, daß die neue Regierung im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen auf einem streng föderalistischen Standpunkt steht, wurden zunächst als taktische Beruhigungsmaßnahme angesehen. Man wird sich jetzt in München davon überzeugen haben, daß es der Reichsregierung mit dieser Grundhaltung ernst ist und daß eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Reichs- und Staatsreform zwischen dem Reich und Bayern durchaus möglich ist.

Sachlich hat der Reichkanzler noch einmal die Grundzüge des Verfassungsumbaus umrissen, wie sie aus den früheren Darlegungen der Reichsregierung schon zum großen Teil bekannt waren. „Die Staatsgewalt muß über den Parteien stehen und darf kein Spielball der politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Volkes sein. Aber die Formen des politischen Lebens müssen erneuert werden. Die Staatsführung darf nicht den Zufälligkeiten des parlamentarischen Betriebes ausgeliefert werden. Die Regierung muß die Staatsgewalt inne haben und nicht das Parlament.“ Mit diesen Grundätzen hat der Kanzler eine scharfe Trennungslinie zu der bisherigen parlamentarischen Uebung gezogen. In dem erneuerten Deutschland werden die politischen Parteien nicht mehr Gelegenheit haben, unter Ueberschreitung ihrer Grenzen sich in die Regierungsgewalt als solche einzumischen. Die Regierung hat zu führen, das Parlament hat zu kontrollieren. Außerdem soll eine starke erste Kammer neben den Reichstag treten, um ein gesundes Gleichgewicht in unserem Verfassungsleben herzustellen. Erst wenn diese Reform durchgeführt ist, wird es möglich sein, den Reichspräsidenten von dem häufigen Gebrauch des Artikels 48 zu entlasten.

In Leipzig wird gegenwärtig mit juristischen Mitteln um den ersten Schritt der praktischen Reichsreform gekämpft, den die Reichsregierung durch die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit dem Ziele der Ueberwindung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen getan hat. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann daran gedacht werden, zwischen dem Norden und dem Süden ein neues politisches Gleichgewicht herzustellen und den übrigen deutschen Ländern ihre durch die Weimarer Verfassung aufgehobene Verfassungsautonomie wiederzugeben.

„Das Reich und Bayern gemeinsam.“

München, 12. Okt. Der Reichkanzler ist kurz nach 21 Uhr wieder nach Berlin abgereist. Vorher weckte er noch kurze Zeit im Kreise der bayerischen Industriellen. Auch Ministerpräsident Dr. Held und Innenminister Stöckel waren erschienen. Der Vorsitzende des Bayerischen Industriellenverbandes, Geheimer Landesabbeurat Böhlinger, erneuerte in einer kurzen Ansprache das Versprechen der bayerischen Industrie, der Parole des Kanzlers zu folgen. Der Reichkanzler richtete Worte herzlich Dankes an den Ministerpräsidenten und die bayerische Staatsregierung für die Gastfreundschaft, die ihm erwiesen worden sei. Er leerte sein Glas auf das Ziel: „das Reich und Bayern gemeinsam.“

„Männer machen die Geschichte.“

München, 12. Okt. Im politischen Klub hielt Reichkanzler v. Papen heute eine Ansprache über die ideellen Hintergründe seiner Politik. Gegenüber dem reinen Machtstreben der Parteien und ihrer utopisch-demagogischen Zielsetzung grenzte der Kanzler eine wahrhaft konservative Staatsführung ab, die auf Erkenntnis der ewigen Grundwahrheiten des Lebens beruhe. Der Kanzler umriß als Ziel seiner auswärtigen Politik ein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Kulturvölker unter Anerkennung ihrer Eigenart. Dieses Ziel bedinge aber die Abweisung aller Hegemoniegedenke und aller Verträge, die Welt in den starren Banden unabwehrbarer Verträge zu halten. Als sein Ziel in der Innenpolitik bezeichnete der Kanzler die Herstellung einer neuen dauerhaften Verbindung zwischen Regierung und Volkswillen. Er hob besonders die Rolle der Jugend bei dieser Neugestaltung des Staatslebens hervor. Die Arbeit, die sie bisher in ihren Vätern und Vereinen größtenteils im Gegensatz zum Staate geleistet habe, wolle die Reichsregierung jetzt in den Schutz des Staates nehmen. Ein Staat, der etwas eigenes sei und nicht nur das Experiment der Parteien, könne den Anspruch erheben, daß auch die Jugend ihre Pflichten nach ihm einrichte, ohne daß er ihr Eigenleben vergewaltige. Die Aufgabe der deutschen Bildung sei weder in volkstümlicher Geistigkeit oder anarchischem Individualismus noch in Untertansein in kollektive Massenbewegungen zu erfüllen. Die deutsche Kultur müsse ihre politische und christliche Grundlage wiederfinden. Auch in Zukunft werde das freie Individuum seine Bedeutung behalten. Der Kanzler schloß mit dem Treitschlewort: „Männer machen die Geschichte.“

fars für Preußen mit dem Ziele der Ueberwindung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen getan hat. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann daran gedacht werden, zwischen dem Norden und dem Süden ein neues politisches Gleichgewicht herzustellen und den übrigen deutschen Ländern ihre durch die Weimarer Verfassung aufgehobene Verfassungsautonomie wiederzugeben.

Das Echo der Presse.

Berlin, 13. Okt. Die D. A. Z. meint, daß die Regierung ihre sehr großen Pläne ohne den geschlossenen Willen der Nation nicht durchzuführen vermöge und nennt es deshalb erfreulich, daß der Kanzler ausdrücklich betont habe, sein Ziel sei nach wie vor die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte. — Die B. F. Z. meint, daß die Regierung die Gedanken der Nation, die Geschichte des Vaterlandes von dem parlamentarischen System und der Parteibirokratie zu lösen. — Der Tag spricht von einem Programm der Tat. Die Rede sei eine kraft- und wirkungsvoll vorgetragene Zwischenbilanz der Regierung über ihre bisherigen Leistungen und Kämpfe, verbunden mit einer Vorstudie über die Pläne und Projekte der kommenden Regierungstätigkeit. Der neue Reichstag werde in den Reformplänen den Prüfstein für seine Existenzberechtigung finden. — Die Deutsche Tageszeitung sagt, die Rede zeige die von der Blässe der Bedenklichkeiten nicht angegränzte Frische des Tones, die dem Kabinett Papen das beinahe entgegengesetzte Vorzeichen wie bei der Brüning-Regierung verleihe. Die außenpolitischen Formulierungen seien in der Richtung des prinzipiellen Anspruches auf Gleichberechtigung und Sicherheit klar und nachdrücklich. — Die Germania wertet die Rede als einen Auftakt zum Wahlkampf. Wenn auch die großen Umrisse der Verfassungspläne deutlich hervorgetreten seien, bleibe noch vieles ungeklärt. Was sei unter dem Begriff der „richtigen Verbindung mit dem Volke“ zu verstehen? An diesem entscheidenden Punkt bleibe der Kanzler leider in einem undurchdringlichen Dunkel stehen. — Die Voss. Ztg. meint, was der Kanzler über die Grundlinien des Reformplanes gesagt habe, Klinge präzis und sei verschwommen. Es scheine eindeutig und sei es nicht. Die Besorgnis, daß die Regierung sich reaktionären Plänen willfährig zeigen werde, sei alles eher als zerstreut worden. — Das Berl. Tagebl. nennt die Rede des Kanzlers nur ein Glied in der Kette der Versuche, um die Schwierigkeiten mit der Volksovertretung herum den Weg zu weitreichenden Änderungen der Machtverhältnisse in Deutschland zu finden. — Der Vorwärts polemisiert scharf gegen die Verfassungsreformpläne. Die verfassungstreuen Elemente des deutschen Volkes, die Hindenburg als Hüter der Verfassung in sein Amt eingesetzt hätten, forderten als Antwort auf die Drohungen des Reichkanzlers eine bestimmte Erklärung des Reichspräsidenten, daß er eine Verfassungsänderung auf anderem als dem verfassungsmäßigen Wege niemals zulassen werde. Sollte eine solche Erklärung ausbleiben, so wäre mit der Münchener Rede des Reichkanzlers der Machtkampf um die Republik und die Demokratie eröffnet.

München, 13. Okt. Der Reichkanzler stattete gestern nachmittag dem früheren Kronprinzen von Bayern als seinem früheren Vorgesetzten an der Westfront einen kurzen Höflichkeitsbesuch ab.

Berlin, 12. Okt. Am 24. Oktober findet in Berlin eine Obermeistertagung der Berliner und märkischen Handwerker statt. Reichkanzler v. Papen hat sein Erscheinen zugesagt und wird sich über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerks äußern. Auch diese Kanzlerrede wird auf alle deutschen Sender übertragen werden.